

Die Sinn-Frage

Hans-Werner Sinn ist der einflussreichste und wortgewaltigste Ökonom Deutschlands. Doch zunehmend manövriert sich der Chef des Ifo Instituts mit seinen provokanten und nicht immer richtigen Thesen ins Abseits.

Es war ein festlicher Abend. Die Quandt-Stiftung hatte Mitte Mai 2014 zum Dinner in die Münchener Residenz eingeladen. Dort, wo einst bayerische Herzöge, Kurfürsten und Könige residierten, ehrte BMW-Teilhaber Stefan Quandt den Führungsnachwuchs. Ein Streichquartett spielte Mozart. Unzählige Bedienstete servierten im „Kaisersaal“ Filet-Medallion an Gemüse der Saison.

Mehr als hundert Gäste hatten sich eingefunden, um das barocke Ambiente zu genießen - darunter weltweit führende Repräsentanten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Diplomatie. Es war eine Veranstaltung im Rahmen des „Munich Economic Summit“, organisiert vom Münchener Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo und der BMW-Stiftung.

Und dann kam der Auftritt des Hans-Werner Sinn, des bekanntesten deutschen Ökonomen, des intellektuellen Wüterichs der Republik. Er hielt die Dinner-Rede. Doch statt über das eigentliche Thema der Konferenz, die Krise des Welthandels und die neuen Chancen der transatlantischen Freihandelszone zu referieren, redete der Volkswirt über die Russlandkrise.

Sinn wurde nachdenklich, sprach leise und langsam, machte viele Pausen. Er betonte eindringlich die Gefahr des Konflikts um die Ukraine, kritisierte die seit Jahrzehnten von den USA dominierte Russlandpolitik, geißelte die Osterweiterung der Nato, verwies auf die besondere „historische Verantwortung der Deutschen im Umgang mit den Russen“.

Im Saal wurde es stiller und stiller. Jeder wusste, dass sich unter den Gästen viele einflussreiche Amerikaner befanden. Die PR-Leute der Quandt-Stiftung rutschten nervös auf den Stühlen hin und her. Einigen US-Vertretern blieb das Saisongemüse beinahe im Halse stecken. Doch Sinn ließ sich nicht beirren. Er redete und redete - bis er alles gesagt hatte, was ihn zu bewegen schien. Die Gäste waren hin- und hergerissen zwischen Irritation, Verblüffung, teils auch Bewunderung für den unerwarteten Vortrag.

Typisch Sinn. Er scheut keine Konfrontation. Er braucht Reibung. Nichts hasst er mehr als „political correctness“, ihm scheint es um die permanente Provokation zu gehen, die ihm eine Dauerpräsenz in der Republik sichert. Zuwanderung, Euro-Rettung, Elternrenten, Atomkraft, Exportwirtschaft - bei allem bringt sich der 66-jährige Ökonom ein und drängt in die Medien. Er schreibt mit Fleiß Bücher, von denen es schon einige in die Bestsellerlisten geschafft haben. Er ist der mit Abstand am häufigsten in den Medien zitierte Wirtschaftswissenschaftler, er ist Dauergast in den üblichen Talkrunden von Anne Will bis Sandra Maischberger.

Doch so einflussreich und wortgewaltig der Wirtschaftswissenschaftler auch ist, so gleichermaßen umstritten ist er. Manche seiner Prognoseen erfüllen sich schlicht nicht. Zum Beispiel jene „Basar-Ökonomie“, in der Deutschlands exportlastige Industrie immer weniger produziert. Manchmal auch dramati-

siert Sinn tatsächliche Entwicklungen, etwa als er interne Kredite der europäischen Notenbanken untereinander („Target2“) zur Gefährdung des deutschen Staatshaushaltes hochrechnete. Dann wieder kommt er in der Öffentlichkeit missverständlich rüber, etwa als er jüngst in der Zuwanderungsdebatte mit Zahlen aufwartete, die jedem Zuwanderer ein fiskalisches Minus zuordneten. In solchen Fällen muss er sich selbst korrigieren - was die nächsten Meinungsbekundungen auslöst.

Für viele im politischen Betrieb Berlins, aber auch in der Öffentlichkeit stellt sich mittlerweile die Sinn-Frage: Wie gut ist Hans-Werner Sinn, der streitbare Ökonom, der keinen Diskurs scheut, wirklich?

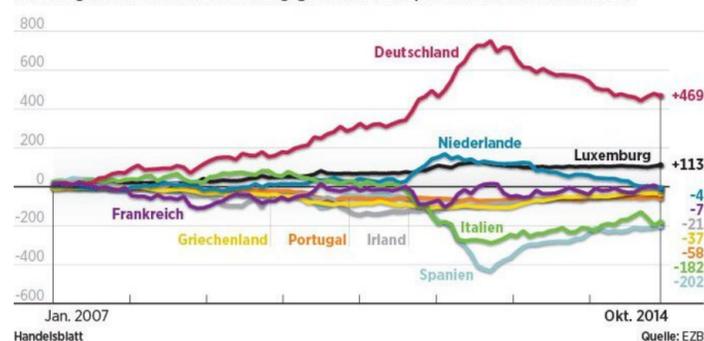
Seine Irrtümer drohen, ein Jahr vor der Pensionierung, das Gesamtbild zu trüben. Unter den Politikern in Berlin, aber auch bei den Kritikern gilt er als Meister der Inszenierung - gar als falscher Prophet. Es wird immer deutlicher, dass sich Probleme verschlimmern könnten, würde man dem Rat des Experten folgen.

Sinn gehört nicht zu jenen Wissenschaftlern, die sich der reinen Forschung verschrieben haben. Nicht zu jenen, die die Erkenntnis um der Erkenntnis willen anstreben. Nein, Sinn geht es um Wirkung. Er sagt selbst, durch Druck auf die Politik selbst Politik machen zu wollen, immer auf Grundlage wirtschaftstheoretischer Modelle. Sinn ist viel mehr als ein Wahrheitssucher: Er will die politische Debatte prägen. Er lässt sich auf das Spiel der Medien ein, weil er seine wissenschaftlichen Erkenntnisse angewandt wissen will. Der Elfenbeinturm der Akademiker ist ihm verhasst, ihn zieht es auf die Schlachtfelder der modernen Mediengesellschaft. Sein Selbstbild: „Warner“.

Doch Hans-Werner Sinn liegt nicht selten falsch. Seine Irrtümer sind umso brisanter, weil er sich nicht nur an politische Themen heranwagt, sondern auch steilste Thesen aufstellt. Das sichert ihm Aufmerksamkeit, bringt aber den Zwang mit sich, immer neue Kampagnen zu liefern, um gehört zu werden. Er wolle „Rationalität in die öffentliche Debatte bringen“ und sei ja Theoretiker gewesen, bis er sich habe bewegen lassen,

Target-Salden im europäischen Vergleich

Forderungen bzw. Schulden der Länder gegenüber der Europäischen Zentralbank in Mrd. Euro



„aus dem Elfenbeinturm in die Realität herunterzusteigen und Ifo-Präsident zu werden“, sagt er.

Zuletzt brachte sich Sinn in die Zuwanderer-Debatte ein. Gelungen ist ihm das nur begrenzt. Sein Vorstoß sorgte eher für Irritationen. Sinn präsentierte eine Berechnung, der zufolge die Einwanderung ein Verlustgeschäft für den Staat ist, von 1800 Euro pro Zuwanderer. Natürlich wusste der Mann aus München auch, dass dies in Zeiten von Pegida eine Provokation darstellen würde. Und er wusste, dass die Zahl allenfalls die halbe Wahrheit ist. Denn gesamtwirtschaftlich, das betont auch Sinn, profitiert Deutschland wegen der Arbeitsmarkteffekte von der Einwanderung.

Und er tat es trotzdem. Sinn: „Der Zweck war, in der hochkochenden Zuwanderungsdebatte Vorteile und Nachteile einmal abgewogen darzustellen.“

In Wahrheit geht es bei Sinn meist um den drohenden Untergang, um das nahe Ende und um Rettung, wenn man dem Propheten folgt. Anfang der 1990er-Jahre hatte der Querdenker die Deutschen mit dem Buch „Kaltstart“ aller Wiedervereinigungs-Illusionen beraubt. 2003 dann provozierte er mit seinem bestverkauften Buch „Ist Deutschland noch zu retten?“ (Auflage: 115 000 Exemplare), in dem er die größte Volkswirtschaft Europas als Sanierungsfall beschrieb. Zwei Jahre später stellte er mit „Basar-Ökonomie“ die gesamte Struktur der Volkswirtschaft infrage. Und 2008 polemisierte er mit „Das grüne Paradoxon“ gegen die energiepolitischen Strategien der Europäer im Kampf gegen den Klimawandel.

Zur Höchstform lief der Bestsellerautor mit dem Ausbruch der Euro-Krise auf. Seit 2010 lässt Sinn keine Gelegenheit aus, gegen die Euro-Krisenmanager

Fortsetzung auf Seite 50

”

Ich will Rationalität in die öffentliche Debatte bringen. Ich war ja Theoretiker, bis ich mich habe bewegen lassen, aus dem Elfenbeinturm in die Realität herunterzusteigen.

Hans-Werner Sinn
Ifo-Präsident



Hans-Werner Sinn:
Der lebende Gegenpol dessen, was man Political Correctness nennt.

Fortsetzung von Seite 49

zu polemisieren - sei es die EU-Kommission, sei es die Bundesregierung oder sei es die Europäische Zentralbank (EZB). In seinem Buch „Die Target-Falle“ (2012) behauptet Sinn, im Verrechnungssystem der nationalen Notenbanken der Euro-Zone würden dreistellige Milliardenrisiken für den deutschen Steuerzahler versteckt. In seinem jüngsten Buch „Gefangen im Euro“ warnt er davor, dass die Steuerzahler nun endgültig für die Investitionsrisiken in Südeuropa in Haftung genommen würden.

Niemand bestreitet, dass Sinn wichtige Debatten ausgelöst und auf fundamentale Probleme hingewiesen hat. „Kaltstart“ etwa, so sagt es Wolfgang Wiegand, der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrats, war „die am besten fundierte Auseinandersetzung mit den ökonomischen Problemen der deutschen Vereinigung“. Bei der „Basar-Ökonomie“ allerdings - da sind sich die meisten Ökonomen einig - irrte Sinn. Er selbst bleibt in der Sache hart, zeigt sich allerdings nachdenklich: „Ich gebe zu, der Begriff ist provokant.“ Er habe sein Eigenleben entwickelt und „Assoziationen hervorgerufen, die nicht mehr einzufragen waren“. Er setze ja „Meme“ in die Welt, Gedankenketten, die mutieren können, lautet Sinns Analyse.

Doch die Gedankenketten haben sich nicht immer zu einem glorreichen Gedankenbild formiert. Mit fünf Irrtümern setzen sich in dieser Handelsblatt-Ausgabe fünf Professoren auseinander.

Tatsächlich ist etwa die These, dass die Exporterfolge kein Indiz für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seien, weil hierzulande nur zusammengeschrumpft wurde, was in anderen Ländern hergestellt wurde, nicht zu halten. „Die Basar-Ökonomie hat sich als Irrlicht erwiesen. Deutschland erlebt immer neue Rekorde im Export. Zwar ist der Anteil der importierten Vorleistungen an den Exportgütern angestiegen. Das aber reflektiert die Internationalisierung der Wertschöpfung. So schaffen die Exporte noch mehr als früher Einkommen und Beschäftigung in Deutschland“, sagt Michael Hüther, Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft.

Auch das „grüne Paradoxon“ ist problematisch. Zwar stimmt Sinns ökonomische Analyse, dass ohne ein globales Emissionshandelssystem das Klimaproblem nicht gelöst werden kann. Dass eine Rettung im europäischen Alleingang nicht funktioniert, weil das Angebot von Öl, Gas und Kohle praktisch unbegrenzt, der Deponieraum in der Atmosphäre aber begrenzt ist. Alle Bemühungen um die Förderung erneuerbarer Energien trügen nichts im Kampf gegen die Erderwärmung bei, glaubt Sinn - und übersieht, dass ohne Förderung erneuerbarer Energien ein globales ambitioniertes Klimaschutzabkommen kaum denkbar ist.

Die größten Probleme und Irrtümer finden sich bei jenem Thema, das für den Ifo-Chef in den vergangenen Jahren seiner Karriere zu einer Art Lebensprojekt geworden ist: der Euro-Rettungspolitik. Da betätigt sich Hans-Werner Sinn mit Ausdauer als Störenfried.

Sinn ist Überzeugungstäter. Da er bei den Regierenden kaum Gehör findet, sucht er sich andere Verbündete im Kampf für seine Überzeugungen. Es ist nicht die Alternative für Deutschland (AfD), auf die er zielt; die rechtsgerichtete Partei lehnt er ab. Es sind die Bürger, die er, der Aufklärer, als seine Ver-



Diese Retterei ist außerordentlich gefährlich.

Hans-Werner Sinn
Ifo-Präsident

bündeten sieht. Vielleicht ist das der Grund für die kontinuierliche Überspitzung seiner Thesen. Vielleicht ist das der Grund, warum der exzellente Wissenschaftler Sinn oft schwarz-weiß malt. Seine Lautstärke, seine Grob-Thesen und sein Furor halten ihn im Gespräch mit dem Volk - und entfremden ihn von den Regierenden.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mahnt angesichts der ständigen Horrorzahlen, die das Münchener Institut verbreitet, mit der „Autorität von akademischen Titeln und von wissenschaftlichen Instituten, die mit viel Geld vom deutschen Steuerzahler subventioniert werden“, sei eine „besondere Verantwortung“ verbunden. Auch im Bundeswirtschaftsministerium, in dessen wissenschaftlichem Beirat er sitzt, macht sich Skepsis breit. Zwar melde Sinn sich bei den Sitzungen regelmäßig zu Wort. Er leiste dort auch „kluge Beiträge“ und werde von den Mitgliedern respektiert, heißt es. Dabei komme ihm allerdings zugute, dass der Beirat als Folge der lebenslangen Mitgliedschaft im Wesentlichen „konservativ“ besetzt sei. „Die Gradlinigkeit seiner Argumente ist zwar beeindruckend, spiegelt aber überhaupt nicht politische Verflechtungen, Nebenwirkungen und Notwendigkeiten wider“, heißt es.

Beim Thema Euro-Rettung, da sind sich die meisten Regierungs- wie Oppositionspolitiker einig, habe Sinn „sich verannt“. Er gehe mit „missionarischem Eifer wie ein US-TV-Prediger ans Werk“, heißt es in Regierungskreisen.

Vor dem ökonomischen Comeback des Wirtschaftsstandorts Deutschland in den Jahren nach 2005 war Sinns Ver-

hältnis zur Politik ein anderes. Bei der Union war er viele Jahre ein gern gesehener Gast. Wenn CDU-Chefin Angela Merkel ins Konrad-Adenauer-Haus einlud, war es oft der Ifo-Chef, der die Schwächen des Standorts Deutschland erläuterte. Die Freundschaft hielt auch noch, als Merkel im Jahr 2005 Kanzlerin wurde. Ihr erster Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) allerdings gou-

tierte Sinn nicht. Für ihn zählte er zu jenen Professoren, die am grünen Tisch ihre Modellwelt entwerfen, aber der Politik wenig alltagstauglichen Rat geben. Zu seiner Zeit im Ministerium soll die Schmähung „Professor Unsinn“ durchaus gelegentlich gefallen sein.

Als die EU 2010 das erste Griechen-Hilfspaket geschnürt hatte und sich Nachfolger Schäuble bemühte, die Kanzlermehrheit im Bundestag zu organisieren, funkte der schlagfertige Ökonom aus dem Herzogpark in München, wo Ifo sitzt, dazwischen. Die Rettungsaktion sei ein „unkalkulierbares Abenteuer“, polterte er auf einer Veranstaltung im Bundesfinanzministerium. Die Regierung habe sich in Brüssel über den Tisch ziehen lassen, weil Schäuble krank war und sich deshalb einem „lange vorbereiteten Plan“ der Südeuropäer nicht habe widersetzen können. Dieses „Über-den-Tisch-ziehen-Lassen“ nimmt Schäuble dem manischen Mahner nachhaltig übel, heißt es.

Sinn grenzt sich selbst von Umarungsversuchen der CDU ab. „Ich sehe mich als unabhängige Stimme, die sich nicht vereinnahmen lässt, weder von der einen noch von der anderen Partei, auch nicht von Gewerkschaften oder Unternehmen“, sagte er noch vor Beginn der Euro-Krise.

Auch heute begegnet Schäuble dem bekanntesten Ökonomen Deutschlands kühl. Immer dann, wenn er Mehrheiten im Bundestag oder Rückhalt in der Union braucht für die Euro-Rettungspolitik, grätscht ihm zuverlässig Sinn dazwischen. Das reichte bis in die mündliche Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht über das EZB-Staatsanleiheprogramm OMT. „Diese Retterei ist außerordentlich gefährlich“, warnte Sinn in Karlsruhe. Und wie so oft führte er für

seinen Alarm möglichst große Milliardenzahlen an. Im Finanzministerium ärgern sich die Fachleute immer wieder, wenn Sinn Target-Salden zu dreistelligen Milliardenbeträgen aufhäuft und insinuiert: Dieses Geld müsste irgendwann der Steuerzahler in Cash bezahlen - obwohl es doch nur um ein Verrechnungssystem der Notenbanken geht, das Schieflagen im Währungsgebiet anzeigt.

Trotz aller Distanz der Politik - keiner der Mächtigen in Berlin würde behaupten, dass Sinn nicht aus Überzeugung redet und handelt. Auch bezweifelt niemand, dass er ein äußerst kluger und kreativer Ökonom ist. Zum Verhängnis ist ihm sein Talent geworden, komplexe Zusammenhänge der Volkswirtschaft für den Bürger in verständliche und verdäuliche Happen zu verwandeln. Er vereinfacht manchmal einfach zu stark.

Die scheinbar unanfechtbare Gewissheit, mit der er seine Thesen vorträgt, die Worte, die er dabei wählt („Fass ohne Boden“, „Vermögensvernichtungsmaschinerie“, „Schrottpapiere, die die EZB kauft“), passen nicht so recht in eine Zeit, in der sich die Volkswirtschaft in neuer Bescheidenheit übt. Neue Bescheidenheit, weil sich die Disziplin mehr und mehr der Grenzen ihrer Erkenntnis bewusst wird.

Die Schärfe seines Urteils und seiner Argumentation beruht letztlich darauf, dass Sinn wie kaum ein zweiter Ökonom die klassische Wirtschaftstheorie eingesogen hat. Sinn weiß zwar, dass Menschen sich anders verhalten, als es die Neoklassik zugrunde legt, und nicht leben wie ein „Homo oeconomicus“. Aber er hält unbeirrt an seinem theoretischen Instrumentarium fest und zieht folgenreiche Schlüsse daraus.



Hans-Werner Sinn (2.v.r.) in der Talkshow von Maybrit Illner (l.): Spiel mit den Medien, weil er seine Erkenntnisse angewandt wissen will.

VITA HANS-WERNER SINN

Karriere Der Ökonom Hans-Werner Sinn, Jahrgang 1948, promovierte 1978 an der Uni Mannheim, wo er sich fünf Jahre später habilitierte. Danach wurde er Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München, wo er heute außerdem Präsident des Ifo Instituts, Direktor des Center for Economic Studies (CES) und Geschäftsführer der CESifo GmbH ist. Seine Forschungsschwerpunkte sind Steuern, Umwelt, Wachstum und erschöpfbare Ressourcen, Risikotheorie, Klima und Energie, Banken, Demografie sowie Sozialversicherung, Makroökonomie und Systemwettbewerb. Seit 1989 ist Sinn Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes.

Bücher Sinn hat mehrere wirtschaftspolitische Bücher geschrieben, unter anderem „Die Basar-Ökonomie“, „Das grüne Paradoxon“, „Kasino-Kapitalismus“ und „Die Target-Falle“.

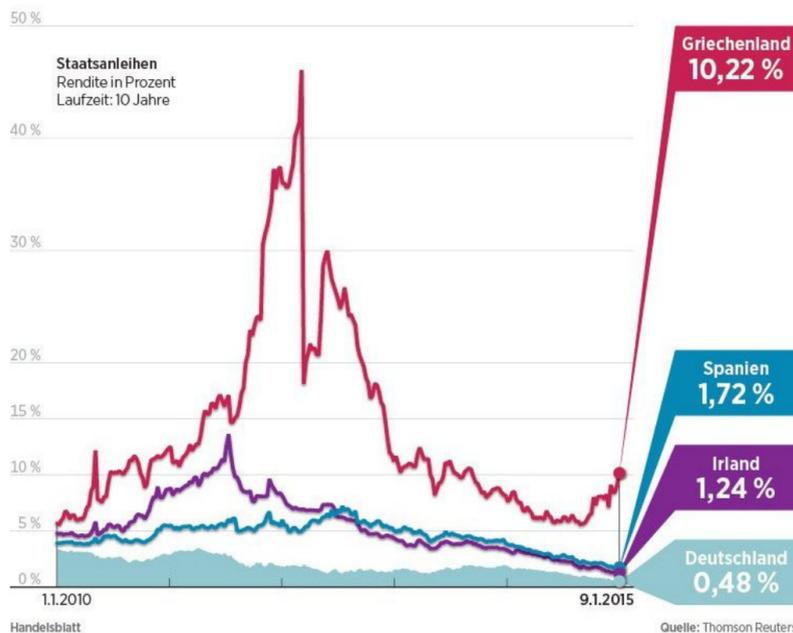
Doch da, wo Neoklassik auf Wirklichkeit trifft, entstehen oft Probleme. Es gibt sie nicht, die einfache Lösung der Krise in Europa. Es gibt sie wohl auch nicht, die klare und richtige Alternative zum Durchwurschteln à la Merkel.

Sinn, der Ökonom, kann sich damit nicht abfinden. Deshalb seine Tiraden, deshalb seine polemischen Ökonomen-Aufrufe, deshalb seine forschenden Auftritte vor Gericht. Doch das Tragische: Seine Zuspitzungen, seine Polemik sind Wasser auf die Mühlen jener, die er eigentlich gar nicht unterstützen will: der rechte Rand und Parteien wie die AfD.

Zu Beginn der aktuellen Auseinandersetzung mit der Politik hatte eine Leistung gestanden: Im Alleingang sensibilisierte der Professor aus München

Fortsetzung auf Seite 52

Fieberkurven der Krise



Fortsetzung von Seite 51

die breite Öffentlichkeit für ein Thema, das an Komplexität kaum zu überbieten ist - die Target-Salden des europäischen Währungssystems. Den Hinweis auf das Thema hatte er von Ex-Bundesbank-Präsident Helmut Schlesinger erhalten.

Es geht um „Target2“, das elektronische Verrechnungssystem zwischen Europäischer Zentralbank (EZB) und den nationalen Notenbanken der 18 Euro-Mitgliedstaaten. Wenn Zentralbankgeld von einer Bank an eine Bank in einem anderen Land der Währungsunion überwiesen wird, so geschieht das über die nationalen Notenbanken der beiden Länder. Dabei fließt kein Geld. Die Empfängernotenbank, zum Beispiel die Bundesbank, bekommt vielmehr ein Target-Guthaben bei der EZB. Die Bundesbank räumt dafür der Empfängerbank ein Guthaben bei sich ein.

Wenn hinter der Überweisung der Kauf von Waren im Ausland steht, hat am Ende zum Beispiel ein griechisches Unternehmen einen deutschen Traktor gekauft, und die Bundesbank hält dafür ein Target-Guthaben. Wenn ein deutscher Versicherer eine griechische Anleihe an einen griechischen Investor verkauft, hat der Grieche das Papier und die Bundesbank das Target-Guthaben. Das Gleiche gilt für einen griechischen Investor, der ein deutsches Wertpapier von einem deutschen Anleger kauft. Im Traktor-Fall finanziert das Target-Guthaben der Bundesbank einen Importüberschuss Griechenlands, in den anderen Fällen Kapitalflucht aus Griechenland.

Dass dies seit Krisenausbruch in so viel größerem Maße nötig wurde als zuvor, liegt daran, dass die Griechen von privaten Investoren kaum noch Kredite bekommen. Der ausbleibende private Kredit wurde durch die Target-Salden bei den Notenbanken ersetzt. Nun glaubt Sinn, in der Bilanz der Bundesbank auf dem Höhepunkt der Euro-Krise Risiken für den deutschen Steuerzahler von 750 Milliarden Euro ausfindig gemacht zu haben. Er hält das für einen Skandal und wirft der Bundesregierung vor, sie würde dies den Bürgern verschweigen. Mittlerweile jedoch sind die Target-Forderungen der Bundesbank



Proteste in Athen: Das Thema Euro-Rettung ist zu einer Art Lebensprojekt Sinns geworden.



Die Basar-Ökonomie hat sich als Irrlicht erwiesen. Deutschland erlebt immer neue Rekorde im Export.

Michael Hüther
Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft

gegenüber dem Euro-System auf rund 460 Milliarden Euro gesunken.

Hans-Werner Sinn hat völlig übertrieben. Zu einem Problem könnten diese Forderungen erst dann werden, wenn ein Land die Euro-Zone verlässt und nicht mehr zahlen will. Und selbst dann müsste die Bundesbank lediglich gemäß ihrem Kapitalanteil an der EZB in Höhe von 27 Prozent haften. Selbst Bundesbank-Chef Jens Weidmann gibt Entwarnung: „Die Kritik an den Salden ist nicht sachgerecht.“ Für ihn stellen die Target-Forderungen auch „kein eigenständiges Risiko dar“.

DIW-Chef Marcel Fratzscher erläutert, warum: Hätte es den Target-Mechanismus nicht gegeben oder wäre er

anders gestaltet worden (zum Beispiel nach Vorschlägen von Sinn), so wäre dieser Kapitalrückzug nicht automatisch von den Notenbanken mit liquiden Mitteln ermöglicht worden. Dann wären die Verluste, die jetzt als Eventualverluste der Bundesbank im Fall eines Zerbrechens der Währungsunion im Raum stehen, schon längst eingetreten. Die deutschen Anleger hätten hohe Wertverluste auf ihre Wertpapiere aus den Krisenländern hinnehmen müssen. Auch der Steuerzahler wäre indirekt betroffen gewesen. „Das Target-System hat sich nicht als Falle, sondern als Fluchhilfe für deutsche Investoren erwiesen“, erklärt Fratzscher.

Risiken werden nur virulent, wenn die Währungsunion kollabiert. Dann wäre Target ein kleines Problem.

Die komplizierte Debatte über die Rechnungsströme im EZB-Reich ist bei weitem nicht das einzige Problem für Sinn. Hinzu kommen die Risiken der Geldpolitik, die durch den Kauf von Staatsanleihen entstehen und die Euro-Rettungsschirme. All diese vergemeinschafteten Risiken summiert Sinn auf und aktualisiert die Zahl regelmäßig. Der „Haftungspegel“ für Deutschland steht ganz oben auf der Ifo-Internetseite. Derzeit liegt er bei 515 Milliarden Euro; insgesamt könnten die Euro-Rettungsaktionen 1,5 Billionen Euro kosten.

Welche Zahl Sinn nicht berechnen lässt, sind die Kosten, wenn es den Euro nicht mehr gäbe. Mit einer solchen Schätzung hat sich vor gut zwei Jahren einmal der Sachverständigenrat an die Öffentlichkeit gewagt: Allein für Deutschland stünde eine Summe von 3,3 Billionen Euro auf dem Spiel.

Trotz all der Probleme und Risiken, die Sinn in der Währungsunion ausfindig macht und lautstark kritisiert: Er ist kein prinzipieller Euro-Gegner und schon gar kein Anti-Europäer. Wiederholt erklärte Sinn, an die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu glauben. Für Griechenland sieht er wie viele Ökonomen ohne drastischen Schuldenschnitt keine Rettung. Und Sinn ist der festen Überzeugung, das Land habe ohne den Euro bessere Zukunftsperspektiven.

Da widersprechen ihm die meisten seiner Kollegen. Ökonomen wie DIW-Chef Fratzscher glauben, dass Länder wie Griechenland in der Währungsunion gehalten werden müssten - schon allein, weil die politischen und ökonomischen Kosten eines Austritts für alle zu hoch sind. Sinn dagegen sagt, dass die Lohn-Anpassungen, die Länder wie Griechenland innerhalb der Währungsunion schaffen müssten, weder durchsetzbar noch zumutbar sind.

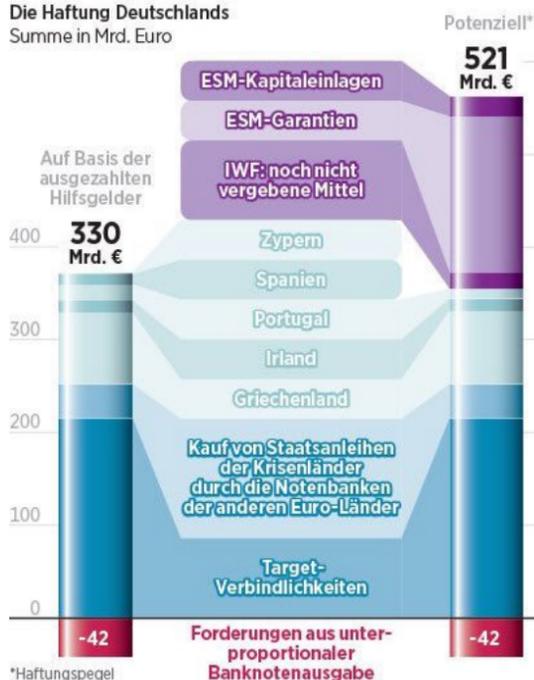
Sinn kann am Ende seiner Karriere auf ein wahrlich erstaunliches Lebenswerk zurückblicken: Er hat das dardierliegende Ifo-Institut zum international renommiertesten Institut des Landes aufgebaut. Er, der am liebsten im Sommer nur mit Badehose bekleidet am Schreibtisch ein neues Buch schreibt, ist Stammgast in den Medien.

Im Mai wird wohl Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, der ebenfalls als Sinn-Skeptiker gilt, bei der alljährlichen Ifo-Tagung die Festrede halten. Es wird die letzte Tagung der Ära Sinn sein. Man darf gespannt sein, ob die Gäste erneut nervös auf ihren Stühlen hin und her rutschen werden.

Jens Münchrath, Donata Riedel,
Klaus Stratmann, Hans-Jürgen Jakobs

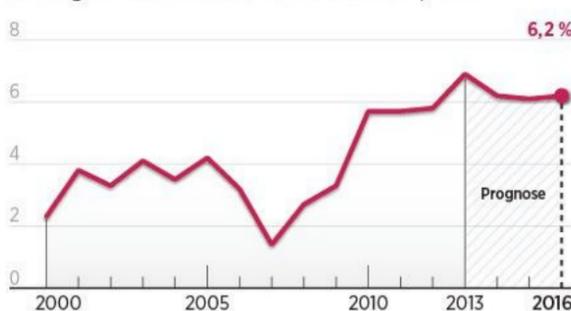
Den Euro retten

Die Haftung Deutschlands
Summe in Mrd. Euro

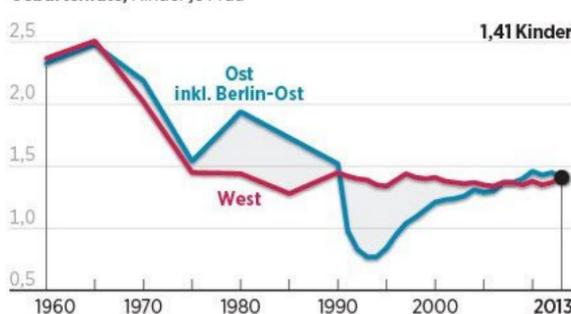


Deutschland

Leistungsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Geburtenrate, Kinder je Frau



DAS IFO-INSTITUT

Münchener Renaissance

Das Münchener Ifo-Institut gehört zu den renommiertesten Wirtschaftsforschungsinstituten Deutschlands. Gemacht hat es dazu Hans-Werner Sinn, der es seit Februar 1999 als Präsident leitet. Im Jahr 1949 von Ludwig Erhard mitgegründet, stand es bei Sinns Amtsantritt nicht sehr gut um das „Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München“, wie die Einrichtung offiziell heißt. Der Wissenschaftsrat, dessen Evaluierung so etwas wie der Tüv-Termin für Forschungsinstitute war, urteilte damals: „Seine Einbindung in die wirtschaftswissenschaftliche Fachdiskussion ist unbefriedigend.“ Fortan verbannte man Ifo aus der ersten Liga der Forschungseinrichtungen; es galt nur noch als „Serviceeinrichtung“, sprich Datenlieferant. Dementsprechend wurden die öffentlichen Mittel gekürzt. Der damalige Präsident Karl Heinrich Oppenländer ging nach 23-jähriger Amtszeit. Es folgte, nach langer, schwieriger Suche, Hans-Werner Sinn. Der zu Beginn seiner Präsidentschaft 50-jährige Sinn baute die Ifo-Strukturen komplett um - und schärfte das Profil des Instituts als Mittler zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Heute versteht sich die Einrichtung als „europäischer Thinktank, der eine Brücke zwischen akademischer Forschung und praktischer Politik bildet“. Man konzentrierte sich „auf die angewandte, politikorientierte Wirt-

schafsforschung mit dem Ziel, mehr Stabilität, Prosperität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa und der Welt zu erreichen“. Das Institut hat knapp 200 Mitarbeiter und finanziert sich zu zwei Dritteln aus Mitteln der Forschungsförderung von Bund und Ländern und zu einem Drittel aus den Erlösen wissenschaftlicher Politikberatung, die meist auch von öffentlichen Auftraggebern stammen. In den ersten Jahren seiner Amtszeit tauschte Sinn viele Mitarbeiter aus und machte das Traditionshaus zu seinem Institut. Wie keine andere Einrichtung wurde Ifo auf seinen markanten Präsidenten zugeschnitten - mit Erfolg. 2006 attestierte die Leibniz-Gesellschaft dem Ifo Institut, sich in den vergangenen Jahren „sehr erfolgreich“ entwickelt zu haben. Es erbringe mittlerweile gute, „in Teilbereichen sehr gute bis exzellente Leistungen in der wissenschaftlichen Forschung und in der Politikberatung“. Trotz drastischer Etatkürzungen sei es Sinn gelungen, den wissenschaftlichen Output „beeindruckend“ zu vermehren. Allerdings sei zu bezweifeln, „ob alle politischen Ratschläge des Ifo Instituts auf ausreichend rigoroser, empirischer Forschung basieren“, hieß es damals. Auch sei die Qualität der Publikationsleistung zu gering. Ein Vorwurf, den sich Ifo bis heute gefallen lassen muss. Ein großer Teil der wissenschaftlichen Werke stamme von einer kleinen Zahl erst jüngst eingestellter Mitarbeiter. Gleichwohl habe Ifo das Potenzial, „wieder als Research-Institut klassifiziert zu werden“. Dies geschah im Januar 2010, nach einer erneuten Evaluierung. Heute gilt es als das beste Wirtschaftsforschungsinstitut Deutschlands. 2013 bescheinigt die Leibniz-Gesellschaft dem Ifo-Vorstand, „beeindruckende Arbeit“ geleistet zu haben. Ifo veröffentlicht stetig Analysen zur Wirtschaftspolitik sowie den monatlichen Ifo-Geschäftsklimaindex, einen Frühindikator für die konjunkturelle Entwicklung.



Ifo Institut in München: Vom profanen Datenlieferanten zu einem der renommiertesten Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands.

schafsforschung mit dem Ziel, mehr Stabilität, Prosperität und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Europa und der Welt zu erreichen“. Das Institut hat knapp 200 Mitarbeiter und finanziert sich zu zwei Dritteln aus Mitteln der Forschungsförderung von Bund und Ländern und zu einem Drittel aus den Erlösen wissenschaftlicher Politikberatung, die meist auch von öffentlichen Auftraggebern stammen. In den ersten Jahren seiner Amtszeit tauschte Sinn viele Mitarbeiter aus und machte das Traditionshaus zu seinem Institut. Wie keine andere Einrichtung wurde Ifo auf seinen markanten Präsidenten zugeschnitten - mit Erfolg. 2006 attestierte die

Zudem ist es mit anderen Instituten beteiligt an der Gemeinschaftsprognose für die Bundesregierung sowie an der Steuerschätzung des Bundes. Der Präsident des Ifo Instituts, Hans-Werner Sinn, gehöre zu den „führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftlern“, schreibt die Leibniz-Gesellschaft. Im aktuellen Ranking der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu den einflussreichsten Ökonomen steht Sinn auf Rang eins. Ein schweres Erbe für seinen Nachfolger, der erst noch gefunden werden muss. Denn im kommenden Jahr wird der dann 68-jährige in den Ruhestand gehen. Axel Schrinner

Fünf Thesen, fünf Irrtümer

So anerkannt Hans-Werner Sinn und sein Münchener Ifo Institut auch sind, bei einigen Themen hat er sich fundamental geirrt. Fünf der renommiertesten Ökonomen Deutschlands beschreiben in Gastbeiträgen die größten Fehlanalysen.

Der Ifo-Chef hat die Debatte über Ungleichgewichte in der Euro-Zone in eine falsche Richtung gelenkt. **Marcel Fratzscher** erklärt die Target-Falle und warum sie keine war.

Mit den Neuwahlen in Griechenland kommt eine alte Debatte wieder auf: Was passiert bei einem „Grexit“, also einem Austritt Griechenlands aus dem Euro? Und was wären in diesem Fall die Kosten für Deutschland? Wahrscheinlich könnte der griechische Staat bei einem Euro-Austritt seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Darüber hinaus würden wohl auch die Verbindlichkeiten der griechischen Notenbank gegenüber dem Euro-System von rund 40 Milliarden Euro verlustig gehen.

Diese Debatte über Zahlungsungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone ist wichtig, denn sie zeigt die Probleme und die zunehmende Fragmentierung der Euro-Zone als Währungsraum auf. Und sie unterstreicht, dass eine Währungsunion auch immer eine Haftungsunion ist, in der Mitgliedsländer Risiken füreinander übernehmen. Hans-Werner Sinn hat diese Debatte wie kein Zweiter geprägt, und dafür gebührt ihm Respekt und Anerkennung. Er hat es geschafft, eine sehr technische Materie durch eine Reihe von Aufsätzen und durch sein Buch „Die Target-Falle“, einer breiten deutschen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Leider hat diese Debatte in Deutschland auch unbegründete Ängste geschürt, und zu einem in einigen Punkten falschen Verständnis geführt.

Das Target2-Zahlungssystem funktioniert so: Wenn etwa eine deutsche Bank Kapital aus Spanien abzieht und nach Deutschland transferiert, dann entsteht eine Finanzierungslücke in Spanien, die häufig durch eine verstärkte Kreditvergabe der EZB an spanische Banken gedeckt wurde, da sie diese Kredite während der Krise immer schwerer im europäischen Interbankenmarkt oder anderswo holen konnten. Die Kapitalflucht führte somit dazu, dass Banken in den Krisenländern mehr Kredite von der EZB benötigten, wohingegen deutsche Banken und damit die Bundesbank von den Zuflüssen von Fluchtkapital profitierten und ihre Inanspruchnahme der EZB-Kredite senken konnten. Die Kapitalflucht spiegelt sich in einer Asymmetrie der Zahlungsströme und einem Aufbau von Target-Forderungen respektive -verbindlichkeiten wider.



EZB-Gebäude in Frankfurt: Die Target-Forderungen der Bundesbank sind seit dem Hoch im Jahr 2012 deutlich zurückgegangen.

Auf dem Höhepunkt der Krise, im Juli 2012, hatten sich bei der Bundesbank Target-Forderungen von rund 750 Milliarden Euro angesammelt. Seitdem sind sie jedoch deutlich zurückgegangen. Ende vergangenen Jahres betragen die Forderungen der Bundesbank „nur“ noch rund 460 Milliarden Euro. Diese sind zu einem sehr erheblichen Maße der Tatsache geschuldet, dass deutsche Banken und Investoren ihre Gelder von mehr als 400 Milliarden Euro aus den Krisenländern abgezogen haben. Sie konnten dies nur wegen der Verfügbarkeit zusätzlicher Zentralbankkredite und des Target-Systems tun. Anderenfalls hätten sie wahrscheinlich größere Verluste erlitten!

Das Target-System diene also, obwohl es riesige Summen als scheinbar vom Verlust bedrohte Forderungen verbuchte, in Wirklichkeit dazu, Geld deutscher Anleger in Sicherheit zu bringen.

T2-Positionen sind per se nicht mit einem zusätzlichen Risiko behaftet. Nur im Fall des Austritts eines Mitgliedslandes, dessen nationale Zentralbank per saldo T2-Verbindlichkeiten aufweist, besteht die Möglichkeit eines Verlusts. Zwar hinterlegt eine Bank, die Kredite von der EZB erhält, Sicherheiten, die im Konkursfall der Bank veräußert werden können und damit mögliche Verluste für die EZB gering halten (bisher sind solche vollständig vermieden worden). Jedoch werden diese Sicherheiten bei den nationalen Notenbanken hinterlegt und nicht direkt bei der EZB. Somit müsste die EZB diese Sicherheiten im Fall eines Euro-Austritts von der nationalen Notenbank

des betroffenen Landes einfordern.

Sinn hat daher eine regelmäßige Glattstellung oder zusätzliche Absicherung der Target-Verbindlichkeiten vorgeschlagen. Dies würde jedoch einen großen Schaden anrichten. Denn dies könnte zu einer geringeren Kreditvergabe und Verwerfungen in den Krisenländern führen. Davon wären auch deutsche Investoren betroffen, da dies Verluste auf ihre noch immer hohen Vermögen von mehr als 3400 Milliarden Euro in den anderen Euro-Ländern bedeuten könnte.

Zudem ist ein solcher Vorschlag nicht praktikabel. Die Länder des Euro-Raums

wollen weiterhin ihre nationalen Notenbanken behalten, da diesen nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Vergabe von Zentralbankgeld zukommt. Eine gemeinsame Währung erfordert aber auch dann eine reibungslose Abwicklung des Zahlungsverkehrs und den automatischen Auf- und Abbau von entsprechenden Salden. Ohne ein solches Zahlungssystem kann es keine Währungsunion geben!

Somit ist Sinns Verdienst weniger in seinem nicht praktikablen Lösungsvorschlag einer Begrenzung oder Absicherung der Target-Kredite zu sehen. Vielmehr hat er einen fundamentalen Konflikt im Währungsraum aufgedeckt: vollständige Abtretung sämtlicher geldpolitischer Aufgaben bei gleichzeitiger Beseitigung der Risiken, versus den nationalen Notenbanken weiterhin eine wichtige Rolle bei der Vergabe von Zentralbankkrediten zukommen zu lassen, aber dafür mit dem Risiko eines Austritts zu leben. Absicherung und nationale Notenbanken, wie von Hans-Werner Sinn vorgeschlagen, sind jedoch keine Option.

Die Kritik am Target2-Zahlungssystem hat Ängste in Deutschland geschürt. Die Sorge, die im Target-Zahlungssystem abgebildeten Ungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone könnten finanzielle Kosten und Risiken für uns verursachen, hat sich jedoch als unbegründet erwiesen. Das Target-System hat sich nicht als Falle, sondern als Fluchthilfe für deutsche Investoren erwiesen. Und es hat eine zentrale Rolle dabei gespielt, die Währungsunion zu bewahren und eine noch viel tiefere Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa zu verhindern.

Marcel Fratzscher ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Bis 2012 arbeitete der 43-Jährige bei der Europäischen Zentralbank, zuletzt als Leiter der Abteilung Internationale wirtschaftspolitische Analysen.





Gewürze auf einem türkischen Basar: Wie wettbewerbsfähig ist der Standort Deutschland in Zeiten der Globalisierung?

Nach Hans-Werner Sinns These verlagert sich die Wertschöpfung zunehmend ins Ausland – eine bizarre Vorstellung, meint Peter Bofinger.

Am Anfang stand eine massive Fehlendiagnose. In seinem Buch „Ist Deutschland noch zu retten?“, das im Jahr 2003 veröffentlicht wurde, beschrieb Hans-Werner Sinn auf vielen Seiten, „wie wir unsere Wettbewerbsfähigkeit verloren“. Für viele deutsche Unternehmen stelle sich angesichts der Intensität des internationalen Wettbewerbs nur die Wahl, entweder ganz zu schließen oder sukzessive immer größere Teile der Wertschöpfungskette in Niedriglohnländer zu verlagern. Deutschlands Probleme seien auf die Unfähigkeit, die Herausforderungen der Globalisierung zu bestehen, zurückzuführen. Der Wettkampf des deutschen Sozialstaats mit China sei vielleicht schon entschieden, bevor er begonnen habe. Den einzigen Ausweg aus der Misere sah Sinn damals in einer durchschnittlichen Lohnsenkung von zehn Prozent bis 15 Prozent, wobei bei den Geringqualifizierten „sicherlich eine Lohnsenkung um ein Drittel benötigt würde“. Die deutschen Löhne pass-

ten nicht einmal mehr in den europäischen Markt. Doch kaum hatte Sinn sein Buch auf den Markt gebracht, setzte die deutsche Exportindustrie zu einem eindrucksvollen Spurt an. In der Phase von 2003 bis 2007 stieg die deutsche Ausfuhr preisbereinigt um durchschnittlich fast zehn Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich der Überschuss in der deutschen Leistungsbilanz von 32 Milliarden Euro auf 173 Milliarden Euro. Für Sinn war das überhaupt kein Widerspruch. Mit dem Konzept der Basarökonomie glaubte er, seine extrem düstere Diagnose der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland mit der nicht zu leugnenden Exportstärke vereinbaren zu können. Sinn beschreibt die Basarökonomie wie folgt: „Das Produkt kommt fix und fertig mit seinem deutschen Markennamen aus Fernost oder ‚Nahost‘ im Sinne der neuen EU-Beitrittsländer. Nur der Vertrieb findet noch in Deutschland statt, und nur hinter dem Verkaufstreben gibt es noch deutsche Arbeitsplätze. Ansonsten wird das Geld bei der Produktion im Ausland verdient.“ In Anbetracht der Tatsache, dass damals die deutschen Exporte zu 60 Prozent auf eine inländische Wertschöpfung zurückzuführen waren, war das schon eine merkwürdig verzerrte Darstellung. Aber sie passte zu dem schrillen Begriff des Basars, bei dem man sich anstrengen musste, um überhaupt einen Bezug zur hochwertigen Produktpalette der deutschen Industrie erkennen zu können. Sinn hat dieser Kritik seinerzeit entgegengehalten, er verstehe unter „Basarökonomie“ eine Tendenz und keinen Zustand. Sein Szenario für Deutschland bestand darin, dass es durch die Globalisierung zwangsläufig

Peter Bofinger ist Professor für Volkswirtschaftslehre und seit 2004 Mitglied im Rat der Wirtschaftsweisen. Zu seinen Schwerpunkten gehören die Europäische Integration sowie die Geld- und Währungspolitik. Der 60-Jährige gilt als Vertreter des Keynesianismus.



deutschen Industrie an der gesamten deutschen Wertschöpfung bewegt sich seit 2003 nahezu konstant bei 22 Prozent. Auch der von Sinn prognostizierte Trend eines rückläufigen Anteils der Wertschöpfung der Industrie an ihrem gesamten Produktionswert hat sich kaum fortgesetzt. Er lag 2013 mit 31 Prozent nur um zwei Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2003. Dabei ist eine solche Entwicklung alles andere als pathologisch, sondern vielmehr Ausdruck der Tatsache, dass die deutsche Industrie die Vorteile der Globalisierung nutzt, um ihre eigene Wettbewerbsposition zu stärken. Und schließlich ist die Arbeitslosigkeit nicht weiter gestiegen, sondern kräftig gesunken. Hier könnte man argumentieren, dass die Verbesserung auf die Hartz-Reformen zurückzuführen sei, aber Sinn hat diese als völlig unzureichend beurteilt. Insgesamt ist es erstaunlich, dass ein stark marktwirtschaftlich geprägter Ökonom wie Sinn eine so negative Einstellung zur Globalisierung entwickeln konnte. Während jedes Lehrbuch die positiven Wohlfahrtseffekte einer zunehmenden Arbeitsteilung beschreibt, diagnostiziert Sinn die steigenden Exporte als pathologisch und erwartete davon sogar Wohlfahrtsverluste für Deutschland. Und was er bizarr als „Basar“ denunzierte, ist nichts anderes als eine sinnvolle Ausdifferenzierung der internationalen Wertschöpfungsketten. Globalisierung wurde so von Sinn nicht als Win-win-Situation beschrieben, die allen Beteiligten Wohlfahrtsgewinne ermöglicht, sondern vielmehr als Nullsummenspiel, das zulasten des Wohlstands in Deutschland geht. Diese überraschend negative Bewertung der Globalisierung dürfte zumindest teilweise damit zu erklären sein, dass Sinn das deutsche Lohnniveau in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts als zu hoch eingeschätzt hat. Es scheint ihm damals entgangen zu sein, dass bereits seit Beginn dieser Dekade von den deutschen Gewerkschaften eine sehr moderate Linie eingeschlagen worden war. Stattdessen kritisierte er sie, weil ihnen die Bereitschaft fehle, die Gesetze der Ökonomie zur Kenntnis zu nehmen. Gleichzeitig ist es Sinn völlig entgangen, dass in anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion eindeutig überhöhte Lohnsteigerungen vereinbart wurden. Die deutschen Gewerkschaften waren also – anders als von Sinn diagnostiziert – kein Hemmnis für einen erfolgreichen Strukturwandel, sie haben diesen vielmehr aktiv unterstützt. Das von Hans-Werner Sinn noch im Jahr 2005 als viel zu hoch eingeschätzte deutsche Lohnniveau war also nicht nur völlig angemessen, es war innerhalb der Währungsunion sogar bereits zu niedrig. Das lässt sich nicht zuletzt daran erkennen, dass Hans-Werner Sinn heute für die Partnerländer Deutschlands Lohnsenkungen von 20 bis 30 Prozent fordert. Dass man die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland auch schon im Jahr 2004 wesentlich positiver und im Rückblick auch sehr viel zutreffender einschätzen konnte als Hans-Werner Sinn, verdeutlicht das von mir damals veröffentlichte Buch mit dem Titel „Wir sind besser, als wir glauben“.

Geht es nach Hans-Werner Sinn, sind alle Maßnahmen zum Klimaschutz unwirksam. Ein Irrglaube, sagt Claudia Kemfert.

Es wird viel geklagt über den europäischen Klimaschutz. Den einen gehen die Maßnahmen nicht weit genug, den anderen gehen sie zu weit. Eine originelle und damit medienwirksame Kritik kommt von Hans-Werner Sinn: Er stellte vor sechs Jahren die These auf, dass alle Klimaschutzmaßnahmen letztendlich unwirksam und somit unsinnig sind. Klimaschutz führt laut Sinn nicht zu weniger, sondern zu mehr Emissionen. Sein pointierter Name für diese These: „das grüne Paradoxon“. Der Volkswirt aus München argumentiert dabei ähnlich, wie etwa ein bayerischer Milchbauer es tun würde: Dessen Wirtschaftsverständnis basiert auf der simplen Erfahrung, dass ein Bauer jeden Tag die Milch seiner Kuh auf den Markt bringt – und Angebot und Nachfrage sich wechselseitig regulieren. Wird weniger Milch als sonst verkauft – etwa aus Tierschutzgründen –, sinkt die Nachfrage und somit der Milchpreis. Die Milchbauern vereinbaren nun gemeinsam, mehr Milch auf den Markt zu bringen, um den gesunkenen Preis zu kompensieren, so dass man weiterhin bequem vom Ertrag leben kann. Der Tierschutz kommt bei der Kuh nicht an. Aber die Bauern sind bekanntlich schlau. Man ahnt, dass die Milch-Nachfrage bald weiter sinken wird, weil der Tierschutz immer bedeutsamer wird. Daher entscheidet man, den Kühen nun ohne jede Rücksicht auf ihre Gesundheit so viel Milch wie möglich abzurufen. Das Ziel ist, solange es geht, das Maximum an Geld verdienen. Dass die Kühe deswegen früher sterben, wird in Kauf genommen. So entsteht das Paradox: Die Tierschutz-Ambitionen haben den Kühen ein elendes Leben besorgt. Man setze an die Stelle des Bauern die ölproduzierenden Länder, die Milch ist Öl, und statt um Tier- geht es um Klimaschutz. Beide, die Milchbauern und der Professor, verwenden ein einfaches, theoretisches intertemporales Wachstumsmodell, bei dem ein repräsentativer Ressourcenbesitzer über die Zeit hinweg, in der eine endliche Ressource genutzt wird, den Verbrauch bestimmt, damit der Gegenwartswert seiner heutigen und künftigen Gewinne maximiert wird. Im Idealfall wird die Ressource in einer bestimmten Geschwindigkeit abgebaut, so dass eine Über- und Unternutzung im Zeitablauf im Vergleich zu einer Kapitalverzinsung verhindert wird. Da der Markt wehrt die Schäden noch die Endlichkeit der fossilen Ressource von selbst erkennt, muss der Staat korrigierend eingreifen, etwa durch eine Steuer. Durch Klimaschutzpolitik will man diesen Pfad der Ressourcenextraktion so verflachen, dass schon heute weniger fos-



Windrad vor einem Braunkohlekraftwerk: Wo sind die Grenzen beim Klimaschutz?

sile Energien abgebaut und die bei der Verbrennung entstehenden klimagefährlichen Treibhausgase reduziert werden. Sinn behauptet in seinem stark vereinfachten Modell, dass selbst eine weltweite Wertsteuer auf fossile Energie den Abbaupfad nur wenig abflachen lässt. Wenn zudem die Ölscheichs – schlau wie die Bauern – die konstante Steigerungsrate des Steuersatzes antizipieren, könne es, so Sinn, theoretisch dazu kommen, dass die Ressourcen durch eine solche Klimaschutzpolitik schneller statt langsamer abgebaut werden und die Emissionen somit global steigen. Die Klimapolitik wäre dann nicht nur unwirksam, sie wäre sogar schädlich. Das ist sein Paradox. Und was folgte der clevere Milchbauer daraus? Es sei unsinnig, Energie zu sparen; man könne auch weiterhin lustig Öl verbrennen. Hurra! Drei Gründe sprechen dagegen: 1. Die globale Ölnachfrage steigt. Stark wachsende Volkswirtschaften fragen weit mehr Öl nach, als die OECD-Länder einsparen können. Laut zahlrei-

Claudia Kemfert leitet die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und ist seit 2009 Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Berliner Hertie School of Governance. Die 46-Jährige gilt als Wirtschaftsexpertin auf den Gebieten Energieforschung und Klimaschutz.



chen Studien ließen sich durch aktiven Klimaschutz in den Industriestaaten bis zu sechs Millionen Barrel Öl pro Tag einsparen. Eine höhere Menge scheint unrealistisch. Denn die Erforschung neuer Techniken, eine flächendeckende Gebäudedämmung und Schaffung einer neuen Infrastruktur brauchen Zeit, viel Zeit. Und den dann gesparten sechs Millionen Barrel pro Tag stünden wahrscheinlich etwa 25 Millionen Barrel gegenüber, die von den stark wachsenden Volkswirtschaften verbraucht würden. Was entmutigend klingt, hat aber vor allem einen wichtigen Effekt: Knappheiten sind programmiert. Öl wird zur Mangelware. 2. Sinns grünes Paradox geht davon aus, dass das Ölangebot beliebig und ohne wesentliche Mehrkosten ausweitet werden kann. Doch selbst die Opec rechnet nur mit einer Angebotsausweitung auf bis zu 116 Millionen Barrel pro Tag bis zum Jahr 2025, die Internationale Energieagentur IEA nur mit maximal 100 Millionen Barrel pro Tag. Um die Ölreserven in entlegenen Winkeln der Erde anzuzapfen (per Fracking, Ölbohrungen in der Tiefsee oder im Permafrostboden), bräuchte es entsprechende Investitionen. Ist der Ölpreis niedrig – wie in aktuellen Krisen –, lohnt sich das nicht. Für den Milchbauern: Selbst die teuerste Turbo-Kuh kann nicht unendlich viel Milch geben! 3. Ein ölspezifisches Phänomen, das vermutlich nicht ins landläufige Denken passt, besagt, dass die Ölnachfrage tendenziell mittelfristig „preis-unelastisch“ ist. Sie steigt weiter, auch wenn der Preis steigt, und umgekehrt steigt sie keineswegs zwangsläufig dauerhaft an, nur weil der Ölpreis fällt. Energie-Ökonomen sind sich deswegen einig, dass der Ölpreis mittelfristig steigen wird – unabhängig von aktuellen kurzfristigen Spekulationsschwankungen. Somit werden alle Volkswirtschaften langfristig nach günstigeren Alternativen der Energieversorgung suchen müssen. Schon heute sind erneuerbare Energien oftmals günstiger als fossile. Klimaschutzmaßnahmen, die die Entwicklung umweltfreundlicher Techniken fördern, sind also zugleich Wirtschaftsförderungsmaßnahmen.

4. KINDERRENTE



Fröhliche Kinder: Rentenzuschuss für Eltern, Abstriche für Kinderlose – Neuer Anreiz für die Familienplanung?

Würde Hans-Werner Sinns Forderung nach weniger staatlicher Rente für Kinderlose durchgesetzt, wäre dies fatal für die ganze Gesellschaft, sagt **Bert Rürup**.

Hans-Werner Sinn sieht die große Schwäche unserer umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung darin, dass sie eine Versicherung gegen Kinderlosigkeit ist. Darum möchte er, dass die Höhe der Renten nicht mehr in allererster Linie von den zuvor gezahlten Beiträgen abhängt, sondern in hohem Maße von den generativen Beiträgen der Versicherten, sprich der Anzahl der eigenen Kinder. „Auch wenn man selbst keine Kinder (hat oder) haben kann, muss man im Alter nicht darben, weil man von den Kindern anderer Leute ernährt wird ... Ob man selbst Kinder hat oder nicht, die eigene materielle Versorgung im Alter wird davon kaum berührt, und deshalb ist eines der wichtigsten Motive für den Kinderwunsch erloschen“, schrieb er im Ifo-Schnelldienst 5/2003.

Als politische Konsequenz daraus forderte Sinn bereits mehrfach, den Beitragssatz und den - mutmaßlich allgemeinen - Bundeszuschuss einzufrieren, um so den zukünftigen Rentenanstieg stark abzumildern und das allgemeine Rentenniveau deutlich abzusenkten. Zur Verhinderung einer damit verbundenen massiven Ausbreitung von Altersarmut sollen Kinderlose verpflichtet werden, in Höhe von sechs bis acht Prozent ihres Arbeitseinkommens privat vorzusorgen. Im Gegensatz dazu sollen Kinderreiche eine Elternrente in Form deutlicher Rentenzuschläge bekommen. Die dadurch verursachten Kosten erhöhen bei gegebenem Beitragssatz jedoch den Druck in Richtung allgemeine Leistungsniveaulösungen.

Die von Sinn vorgeschlagene Eliminierung der Versicherung gegen Kinderlosigkeit unter Beibehaltung der Absicherung gegen eine Undankbarkeit oder unzureichende ökonomische Möglichkeiten der Kinder ist daher nicht konsequent. Zu Ende gedacht, müssten die Eltern auf ihre eigenen Kinder verwiesen werden, wenn sie ein Alterseinkommen oberhalb einer kollektiven Basisabsicherung erhalten wollen. Und anders, als Sinn vermutet, gibt es bislang weder eine wirklich belastbare Theorie des generativen Verhaltens noch einen Beleg dafür, dass unsere gesetzliche Rentenversicherung der Grund für die seit 1970 so geringen Geburtenraten ist. Die Elternrente wäre daher definitiv kein Garant für mehr Geburten. Darauf wurde des Öfteren von Forschern des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock hingewiesen.

Außerdem vernachlässigt Sinn, dass es unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung neben der allgemeinen Rentenversicherung für Arbeitnehmer, seinem Reformobjekt, noch die knappschaffliche Rentenversicherung und die Künstlersozialversicherung gibt - und außerhalb des Systems der

torisch oder freiwillig, sei es umlagefinanziert oder kapitalgedeckt, besteht immer darin, die Versorgung im Alter von den eigenen Kindern abzukoppeln, gerade damit man nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben nicht von seinen Nachkommen wirtschaftlich abhängig ist oder diesen zur Last fällt. Mit Ausnahme des archaischen bäuerlichen Familienverbandes ist deshalb jedes Alterssicherungssystem eine Versicherung gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit von den eigenen Kindern im Alter. Dies stellt eine sozialstaatliche Erziehungspflicht dar und keinen Defekt unserer 125 Jahre alten Rentenversicherung.

Die von Sinn vorgeschlagene Eliminierung der Versicherung gegen Kinderlosigkeit unter Beibehaltung der Absicherung gegen eine Undankbarkeit oder unzureichende ökonomische Möglichkeiten der Kinder ist daher nicht konsequent. Zu Ende gedacht, müssten die Eltern auf ihre eigenen Kinder verwiesen werden, wenn sie ein Alterseinkommen oberhalb einer kollektiven Basisabsicherung erhalten wollen. Und anders, als Sinn vermutet, gibt es bislang weder eine wirklich belastbare Theorie des generativen Verhaltens noch einen Beleg dafür, dass unsere gesetzliche Rentenversicherung der Grund für die seit 1970 so geringen Geburtenraten ist. Die Elternrente wäre daher definitiv kein Garant für mehr Geburten. Darauf wurde des Öfteren von Forschern des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung in Rostock hingewiesen.

Außerdem vernachlässigt Sinn, dass es unter dem Dach der gesetzlichen Rentenversicherung neben der allgemeinen Rentenversicherung für Arbeitnehmer, seinem Reformobjekt, noch die knappschaffliche Rentenversicherung und die Künstlersozialversicherung gibt - und außerhalb des Systems der

gesetzlichen Rentenversicherung weitere obligatorische Alterssicherungssysteme: die berufsständischen Versorgungswerke für Freiberufler, die Alterskasse für Landwirte und die Beamtenversicherung.

Was ist also, wenn Kinder von Arbeitern und Angestellten auswandern oder Beamte oder Selbstständige werden und damit nicht die generative Basis der Rentenversicherung stabilisieren? Was, wenn Kinder von Beamten, Selbstständigen oder Landwirten, die nicht zu erhöhten Rentenansprüchen in Systemen ihrer Eltern führen, abhängig Beschäftigte werden? Diese Eltern hätten dann mit ihren generativen Leistungen die allgemeine Rentenversicherung subventioniert. Daher müsste bei Einführung der Elternrente eine alle Erwerbstätigen umfassende Bürgerversicherung an die Stelle des bestehenden Patchworks treten. Alternativen müssten Elternrenten-Komponenten in allen Alterssicherungssystemen wirkungsgleich eingeführt werden, zusammen mit einer Art Wanderungs-

ausgleich zwischen den Einzelsystemen. Mit diesen konzeptionellen Voraussetzungen hat sich Sinn bislang aber ebenso wenig beschäftigt wie mit den nicht trivialen technischen Einzelheiten seines Vorschlags.

Dank der bei uns etablierten Alterssicherungssysteme ist der Einzelne, um im Alter versorgt zu sein, nicht mehr auf eigene Nachkommen angewiesen. Das bedeutet aber nicht, dass unsere Gesellschaft und damit die Politik kein Interesse an mehr Geburten hätten. Es gehört zu den Kernaufgaben der Politik, die Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft eltern- und damit auch kinderfreundlicher zu gestalten - durch Geldleistungen und einen Ausbau der Betreuungsstrukturen. Allerdings sollte jedes Kind - unabhängig davon, ob die Eltern Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeitslose, Selbstständige, Studenten, Sozialhilfeempfänger oder Rentner sind - dem Staat gleich viel wert sein. Denn jedes Kind leistet potenziell den gleichen Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft und aller unserer Alterssicherungssysteme.

Eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vorrangig aus Steuern zu finanzieren ist. Denn Steuern werden von allen wirtschaftlich Leistungsfähigen erhoben und greifen auf alle Einkommensquellen zu. Im Gegensatz dazu entrichten die abhängig Beschäftigten ihre Beiträge an die Rentenversicherung nur aus ihren Löhnen und auch das nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Schon die bestehende, aus Beitragsgeldern finanzierte Umverteilung zwischen Kinderlosen und Eltern ist daher ein Fremdkörper in diesem Rentensystem und zudem in ihrer Verteilungswirkung ungerecht. Eine Umsetzung der Elternrente nach Sinns Vorstellung würde die Rentenversicherung zum Spielball verteilungspolitischer Interessen machen und die Akzeptanz des ganzen Systems gefährden.

Bert Rürup ist Präsident des Handelsblatt Research Institute. Von 2000 bis 2009 war der 71-jährige Mitglied im Rat der Wirtschaftswissenschaften, dessen Vorsitz er 2005 übernahm. Viele Jahre beriet Rürup die Bundesregierung in sozialpolitischen Fragen.



Die Debatte um Zuwanderung bedarf einer soliden Analyse. Warum Hans-Werner Sinn sie nicht liefert, erklärt **Paul Welfens**.

Ein Zuwanderer kostet den deutschen Staat mehr, als er ihm nützt. Zu diesem Befund kam Hans-Werner Sinn am 29. Dezember in einem Beitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift „Ökonomische Effekte der Migration“. Seine Befunde zur Immigrationsanalyse für Deutschland ergeben eine Kritik der Einwanderungspolitik und münden letztlich in ebenjener Behauptung, dass ein Zuwanderer für Nettokosten für den Staat steht. Damit korrigiert Sinn unter Hinweis auf verschiedene Staatsausgaben die Steuer-Transfer-Bilanz einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) des Ökonomen Holger Bonin: von +3.300 Euro pro Zuwanderer und Jahr auf -1.450 Euro.

Sinn pickt sich eine einzige Variante von Bonins Analyse heraus. Bezogen auf die nachwachsende Ausländergeneration ergeben sich bei Bonin 2.400 Euro als Überschussbeitrag der Zuwanderer, wenn man annimmt, dass 30 Prozent der Ausländerkinder sich im weiteren Leben so verhalten wie Deutsche, während sich 70 Prozent so verhalten wie ihre Eltern. Hingegen brächtige eine 50-Prozent-Anpassung der 2012 geborenen Ausländerkinder an das Verhalten der Deutschen einen Überschuss der Steuer- und Beitragszahlungen von 33.000 Euro über die Lebenszeit. Es kommt also auf die Anpassungsdynamik an, welches Ergebnis man erhält.

Sinns Minuswert von 1.450 Euro klingt nach präziser Objektivität in der Analyse, tatsächlich ist sie unvollständig, falsch. Mit keinem Wort erwähnt der Münchener Ökonom einen der laut der Immigrationsforschung wichtigsten Einwanderereffekte, die sich in 2014 auch in dem Fachblatt „KfW-Fokus Volkswirtschaft“, Ausgabe Nr. 67, nachlesen lassen: nämlich die sich entwickelnde Unternehmensgründerdynamik durch Zuwanderer. Rund 20 Prozent der Gründer sind Zuwanderer, die Gründerquote ist gegenüber den Einheimischen etwas erhöht, dafür aber auch die Abbruchquote. Die entsprechenden Firmen zahlen Steuern und erhalten gegebenenfalls Subventionen, was in der Studie von Bonin berücksichtigt wird; nicht einbezogen werden allerdings bei diesem - und bei Sinn - die von Zuwanderern ausgehende, empirisch belegte Stärkung der Exporte beziehungsweise des Außenbeitrags. Daraus ergeben sich Aufwertungs- und induzierte Innovationseffekte sowie im Kontext der Aufwertung eine Sinnsenkung; und im Fall verstärkter Außenbeitragsüberschüsse ein erhöhtes Nettoauslandsvermögen.

Die Gründerdynamik der Zuwanderer kann durch Förderbeziehungsweise Bildungsmaßnahmen verstärkt werden. In Großbritannien sind 8,3



5. ZUWANDERUNG

Portugiesischer Zuwanderer bei der Arbeit: Wann rechnet sich Migration für Deutschland?

Millionen Jobs in Firmen, die von Zuwanderern gegründet wurden, in den USA sind 40 Prozent der 500 umsatzstärksten Unternehmen von Zuwanderern oder der ersten Zuwanderer-Kindergeneration gegründet worden. Ein Blick allein auf die Nettokosten der Zuwanderer bei der Sozialversicherung und bei den Ausgaben des Staates ist daher unzureichend, wobei ohnehin eine Studie von Herbert Brücker, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Uni Bamberg, einen Nettovorteil der Zuwanderer für die Sozialversicherung in Deutschland darlegt. Die Brücker-Studie belegt im Übrigen eine relativ hohe formale Qualifikation der neueren Zuwanderer.

Die von Zuwanderern gegründeten Firmen in Deutschland tragen zur Schumpeter'schen Innovations-, Beschäftigungs- und Exportdynamik maßgeblich bei. Immerhin gibt es eine Studie des Forschungs- und Beratungsunternehmens Evers & Jung zur Zuwanderer-Gründerdynamik, die das Bundesministerium für Wirtschaft veranlasst hat. Auch Stu-

dien der OECD zur Thematik sind erschienen, die sich auf Großbritannien und einige andere EU-Länder beziehen. Eine Studie der Ökonomen Christian Dustmann et al aus dem Jahr 2012 zeigt für Großbritannien, dass Zuwanderer generell die Sozialsysteme weniger belasten als Einheimische, da die Zuwanderer relativ jung sind. In den Zuwanderer-Firmen bestehen nach einer neueren britischen Studie 8,3 Millionen Jobs, was aber selbst bei der Regierung eine unbekannte Größe zu sein scheint.

Zuwanderer, oft wegen anfänglicher Sprachprobleme den Ungelernten zugeordnet, schaffen auch Arbeitsplätze - und Sprachprobleme vermindern sich im Zeitablauf. Dann gilt aber die Sinn-Behauptung nur eingeschränkt, wonach Zuwanderer vor allem Ungelernte seien, die das Lohnniveau der einheimischen Ungelernten unter Druck setzen. Wie Sinn in einer Replik auf „Spiegel-Online“-Kritik selbst anmerkt, sind in der Zuwandererdebatte langfristige Effekte wichtig.

Ein Kurzbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von 2013 weist darauf hin, dass Selbstständigkeit für Migrations-Unternehmer - Gründer, die im Ausland geboren sind - auch eine Option sei, eine Qualifikation zu vermarkten, die nicht nach deutschen Standards zertifiziert ist. Aus US-Studien ist bekannt, dass die Fähigkeit zu erfolgreicher Unternehmensgründung aufseiten von Zuwanderern steigt, wenn deren Qualifikation sich verbessert und ein Vermögensakkumulationsprozess gelingt: Hier ist die zweite Gründergeneration sehr wichtig; und entsprechende Impulse der Wirtschaft- und Bildungspolitik sind sehr wünschenswert.

Auch wenn Zuwanderung die Lohnsätze von Ungelernten kurzfristig unter Druck setzt, längerfristig führt die Gründer- und Einkommensdynamik der Zuwanderer zu steigender unternehmensseitiger Nachfrage nach Arbeit in praktisch allen Qualifizierungssegmenten. 2009 gab es in Deutschland immerhin rund 700.000 Selbstständige mit Migrationshintergrund; 2015 könnte die Zahl bei etwa 800.000 liegen.

Sinn schreibt mit Blick auf 2035 über Rentnerzahlen und Erwerbsfähige unter Bezugnahme auf ein Rentenalter von 65 Jahren. Das liegt aber nach Gesetz dann bei 67 - und gegebenenfalls noch höher. Die Sinn-Zahlen sind daher fehlerhaft. Wenn er fordert, die Sozialleistungen für Zuwanderer aus EU-Ländern sollten nach Maßgabe des Heimatlandes erbracht werden, dann ist dies eine Nirwana-Politikoption: Denn natürlich gilt in der EU ein Diskriminierungsverbot bei Sozialleistungen für EU-Zuwanderer.

Die Zuwanderungsdebatte bedarf einer soliden Analyse, es ist schon viel an Ansehen der Volkswirtschaftslehre verspielt worden. Im Übrigen sollte Deutschland fordern, dass im Europäischen Parlament die Sitzzahl automatisch an die Bevölkerungszahlen angepasst wird, damit es neben dem ökonomischen Zuwanderer-Gewinn auch einen politischen gibt, der positiv auf den Ersteren zurück wirkt. Die Zuwanderer-Wertschöpfung trägt auch in internationalen Organisationen über die Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts zum Gewicht Deutschlands bei: noch ein Gewinn für den Staat.

Paul Welfens ist Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Makroökonomische Theorie und Politik an der Bergischen Universität Wuppertal. Der 57-jährige leitet das von ihm selbst gegründete Europäische Institut für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW).



HANS-WERNER SINN

„Ich bin heute noch ein Weltverbesserer“

Er protestierte einst gegen Atomkraft - und findet sie heute gut. Norbert Häring und Hans-Jürgen Jakobs sprechen mit dem Ifo-Präsidenten über seine Rolle, seine Kampagnen, seine Fehltritte.

Flughafen Berlin-Tegel. Raum „Wing-Tip“, neun Uhr. Deutschlands bekanntester Ökonom ist gerade gelandet. Ein kurzes Vorgespräch über die Deutungsmacht von Medien und über Arbeitsharmonie von Paaren (mit seiner Frau Gerlinde hatte Hans-Werner Sinn 1991 das Buch „Kaltstart“ verfasst) - und schon ist die Diskussion über die Rolle des ewigen Wirtschaftswarners im vollen Gange.

Herr Sinn, Sie sind der bekannteste Ökonom des Landes. Auch der streitbarste? Das wird immer gesagt. Ich versuche, mich von einem theoretischen Hintergrund aus einzubringen. Wenn man so vorgeht, stößt das häufig auf Widerstände, weil es gegen konventionelle Meinungen geht.

Sie stoßen gern mit provokanten Thesen Debatten an. Ich will Rationalität in die öffentliche Debatte bringen. Ich war ja Theoretiker, bis ich mich habe bewegen lassen, aus dem Elfenbeinturm in die Realität herunterzusteigen und Ifo-Präsident zu werden. In einer TV-Talkshow bringe ich viele Argumente gar nicht erst. Dort kann man nur sagen: „Hallo, das ist jemand vom Ifo, der denkt anders.“ Dann können die Leute auf die Homepage gehen und mehr erfahren. Aber in einem Zeitungsartikel kann man schon ein Argument erklären.

Die Dinge sind doch meistens zu kompliziert für eine Botschaft. Klar, es kommt häufig zu Missverständnissen. Aber das eine oder andere Argument überlebt und wird dann weiterentwickelt. Argumente sind Meme, also Gene im öffentlichen Diskurs, wie sie von Richard Dawkins beschrieben wurden. Gedanken, die sich selbst verbreiten, wenn sie einmal dargelegt wurden. Allerdings gibt es dabei immer wieder Mutationen. Und am Ende bleibt manchmal nur ein verzerrter Mutant übrig.

So wie bei Ihrem jüngsten Beitrag zur Diskussion um die Zuwanderung. In der „Frankfurter Allgemeinen“ schrieb Sie, jeder Zuwanderer belastet den Staat rechnerisch mit minus 1800 Euro. Wenig später aber korrigierten Sie bei „Spiegel Online“ und sagten, Zuwanderung sei ein Gewinn für Deutschland. Der „Spiegel“ hat sich korrigiert, nicht ich mich. So wie ich es in der FAZ schrieb, war es völlig korrekt. Der Artikel hatte zwei Teile. Der erste dreht sich um den Arbeitsmarkt, da ist Zuwanderung in der Tat ein Gewinn. Im zweiten geht es um den Staat

- und da ist fiskalisch ein Verlust zu bilanzieren. In den Internet-Diskussionen zielten alle nur auf die Verlustzahl und verallgemeinerten sie für das Ganze. Den Mutanten musste ich austauschen.

Sie reagierten auf eine Studie des Wissenschaftlers Holger Bonin für die Bertelsmann Stiftung. Die stellt die fiskalische Wirkung der Zuwanderung als positiv dar. Jeder Ausländer zahle im Schnitt für Steuern und Sozialbeiträge 3300 Euro mehr ein, als er erhält. Das ist eben auch verzerrt. Diese Wahrnehmung wollte ich korrigieren, nicht die Arbeit von Herrn Bonin selbst. Er hat wie ich gesagt, Zuwanderung wird ein Verlustgeschäft, wenn man die gesamten Staatsausgaben einrechnet, nicht nur Bildungs- und Sozialausgaben.

”

Ich bemühe mich nach Kräften, so zu vereinfachen, dass es korrekt verstanden wird, aber es gelingt mir nicht immer.

Was ist der Erkenntnisgewinn solcher Zahlenspiele? Die eine richtige Zahl. Der Zweck war, in der hochkochenden Zuwanderungsdebatte Vorteile und Nachteile einmal abgewogen darzustellen.

Sie spitzengern schwierige Themen zu. Sehen Sie darin die Gefahr, wie ein Stammischökonom zu wirken? Noch mal: Seit ich im Ifo bin, sehe ich es als meine Aufgabe an, die Argumente der volkswirtschaftlichen Theorie für die allgemeine Bevölkerung so in Worte zu kleiden, dass sie verstanden werden. Das ist auch ein guter Test für die Theorie selbst, denn wie Paul Samuelson, der wichtigste Nachkriegsökonom, einmal gesagt hat, taugt eine ökonomische Theorie nur etwas, wenn es möglich ist, sie einem normalen Menschen verständlich zu machen.

Dazu brauchen Sie Kampagnen, zum Beispiel zur Geldpolitik. Wiewäre es mit „Erkenntnis“ statt „Kampagne“? Wir haben in den ersten Jahren

der Euro-Krise massive Rettungsprogramme mit der Notenpresse gehabt. Und zwar haben die Notenbanken der sechs Krisenländer 1000 Milliarden Euro mehr gedruckt, als sie gemäß ihrer Landesgröße und ihrem Geldumlauf eigentlich bräuchten. Geld, mit dem Güter im Ausland gekauft wurden und mit dem sie ihre privaten Schulden im Ausland bezahlt haben. Das waren die Target-Kredite, 83 Prozent aller Rettungskredite, ohne jegliches demokratische Mandat. Als mir das klar wurde, wurde ich kritisch gegenüber der Euro-Rettungspolitik der Zentralbank. Bis dahin stand ich auf ihrer Seite.

Sie reden von Krediten der Notenbanken untereinander. Als Sie 2012 Ihr Buch „Die Target-Falle“ veröffentlichten, hatte die Bundesbank Forderungen von 750 Milliarden Euro. Heute sind es knapp 300 Milliarden weniger. So groß scheint die Falle nicht zu sein. Die staatlichen Rettungsschirme wurden ausgezahlt, das reduziert die Target-Salden direkt. Und die Garantien der EZB haben dazu geführt, dass die privaten Investoren dem Süden wieder Kredit formen in die andere. Der Begriff „Falle“ bezieht sich darauf, dass die Parlamente zu Erfüllungsgehilfen der EZB werden und wir tiefer in die Schuldenspirale hineingezogen werden.

Für Griechenland haben Sie vor einigen Wochen einen Schuldenerlass gefordert. Dann könnte das Land doch in der Euro-Zone bleiben. Die Griechen sind nicht wettbewerbsfähig und haben zu viele Schulden. Nur die Schulden zu reduzieren, das macht die Wirtschaft nicht wettbewerbsfähiger. Dann ist das alte Schuldenproblem bald wieder da. Das Problem lässt sich nur durch einen Euro-Austritt regeln. Die Drachme müsste dann abwerten.

Die Folge wären Finanzspekulationen, die bald das nächste Land aus der Währungsunion treiben würden. Ich habe nicht so viel Angst vor Austritten wie Sie. Ich sehe sie als Lösung in dieser unhaltbaren Situation an. Griechenland hat heute doppelt so viele Arbeitslose wie noch 2010.

Für viele ist das bloßer Alarmismus. Sie haben etwa vor einem Jahr gesagt, der Mindestlohn werde Deutschland wieder zum „kranken Mann Europas“ machen. Das glaube ich weniger. Es passiert häufiger, dass ich überinterpretiert werde - die Schröder'schen Reformen. Wir kön-

nen nicht gering qualifizierte Zuwanderer reinholen und mit einem Mindestlohn verhindern, dass die für sie nötigen Stellen geschaffen werden.

Ein anderes Beispiel für Alarmismus ist die „Basar-Ökonomie“. Sie prophezeien, in Deutschland werde bald nur noch zusammengestöpselt, was woanders produziert wird. Dabei werden wir bis heute um unsere starke Industrie beneidet. Was Sie beschreiben, ist das, was die Medien aus meiner These gemacht haben. Meine These war, dass wir eher zu viel Wertschöpfung in den Export stecken, dass aber die Wertschöpfung pro Stück abnimmt, weil sich die Wirtschaft auf die kundennahen Endstufen der Produktion spezialisiert. Selbst mit einem ganzen Buch ist es mir nicht gelungen, die verschiedenen Fehlinterpretationen wieder gedezurücken.

Immer sind es die anderen. Aber was es der richtige Begriff? Bei „Basar“ denkt jeder an Handel, nicht an Industrie. Nicht immer, doch in diesem Fall schon. „Basar“ hat ja auch etwas Positives. Wir haben die größten Industriemessen in Deutschland. Auch das hatte ich damals entwickelt, doch nur die provokante Interpretation blieb übrig. Ein bloßer Titel ersetzte das ganze Buch. Ich gebe zu, der Begriff ist provokant. Er hat sein Eigenleben entwickelt, Assoziationen hervorgerufen, die nicht mehr einzufangen waren.

Schießen Sie nicht im Drang nach Öffentlichkeit einfach übers Ziel hinaus? Das glaube ich weniger. Es passiert häufiger, dass ich überinterpretiert werde - aber nicht aus bösem Willen. Das liegt ein-



Dominik Butzmann für Handelsblatt (2)

Hans-Werner Sinn: Wenn der Ökonom mit seinen steilen Thesen provoziert, nennen es manche eine Kampagne, er selbst sagt, es sei das Interesse der Medien an seinen Themen.

misch rationale Argumente beizusteuern, Dinge zu sagen, die wahr sind. Das möge sich dann herauspicken, wer will. Ich wehre mich gegen die Einordnung in ein eindimensionales Links-rechts-Schema.

Die Atomkraft haben Sie 2010, im Jahr vor Fukushima, als grüne Technologie gelobt, die konkurrenzlos billig sei. Die späteren Ausstiegspläne nannten Sie hysterisch. Überziehen Sie da nicht schon wieder? Nein. Wenn wir mit grüner Energie die Atomkraft ausgleichen wollen, haben wir ein enormes Problem mit den starken Schwankungen in der Erzeugung von Wind- und Sonnenenergie. Sie brauchen entweder sehr große Speicher oder müssen das abpuffern, indem die anderen Kraftwerke weiterlaufen und abgeschaltet werden, wenn der Wind dann mal weht und die Sonne scheint.

Billig ist Atom jedenfalls nicht, wenn Sie Subventionen und Kosten für Entsorgung und Endlagerung seriös einberechnen. Sie machen wieder Politik. Eine renommierte Fachzeitschrift kam kürzlich zum Ergebnis, dass die existierenden Atomkraftwerke im Vergleich mit den schadstoffreichen Kohlekraftwerken, die man sonst hätte bauen müssen, sieben Millionen Tote durch Lungenkrankheiten vermieden haben. Bei dem Thema schwingt viel Emotion mit.

Dafür haben Sie als Theoretiker und Verunftsmensch wohl kein Verständnis? Schon. Ich habe ja selbst in meiner Jugend an Anti-Atom-Demonstrationen und Ostermärschen teilgenommen. Wir waren Weltverbesserer, und ich bin heute noch einer. Aber die Ablehnung der zivilen Atomkraft ist problematisch, weil unter Umweltaspekten die bessere Alternative nicht existiert.

Noch eine Kampagne von Ihnen gilt einer Eltern- oder Kinderrente. Sie soll Familien mit Kindern besserstellen. Was Sie „Kampagne“ nennen, ist das Interesse der Medien an meinen Themen. Es geht nicht um Bevorzugung, sondern um Gleichstellung. Selbst Frau Merkel sagt, dass die Rente nicht reicht. Wir brauchen eine Zusatzrente. Wer Kinder hat, soll sie von der Generation seiner Kinder kriegen, und wer keine hat, soll die Ressourcen, die Familien in die Erziehung stecken, zur Sparkasse bringen. So hat jeder die gleiche Zusatzlast, jeder die gleiche Zusatzrente.

hängen kann, und bezahlt uns dafür. Prognosen sind aber das unangenehmste Geschäft überhaupt.

Wie ist das Verhältnis der Berliner Politik zu Ihnen wirklich? Es gab ein Bonmot aus dem Finanzministerium, das kolportiert wurde: „Professor Unsinn“. Ich habe davon in der Presse gelesen, als Gerücht. Ich verstehe mich gut mit Wolfgang Schäuble, vielleicht gerade auch, weil wir unterschiedliche Rollen in dieser Gesellschaft spielen müssen.

Ihr Aufruf mit anderen Ökonomen gegen die Euro-Rettungspolitik und die Verge-meinschaftung der Bankschulden kam in der Hauptstadt schlecht an. Wenn das so ist, erfüllt mich das mit einer gewissen Befriedigung. Da haben wir ja etwas erreicht. Ich hatte ohnehin das Gefühl, dass die europäischen Entscheidungen in der Schicksalsnacht vom 29. Juni 2012 unter enormem Druck zustande kamen. Das neue Modell sieht vor, im Fall einer Bankenpleite die Gläubiger mithaften zu lassen. Genau das wollten wir.

Sie üben also über Volkes Stimme Druck auf die Politik aus. Ja natürlich, wie denn sonst?

Stört es Sie, dass manche Ihrer Thesen bei Gruppen und Parteien wie Pegida und AfD großen Anklang finden? Ich habe keinen Wunsch, irgendeiner Partei oder einer Gruppierung zu helfen, sie zu stärken oder zu schwächen. Im Moment heißt es zum Beispiel gleichzeitig, ich verträte SPD-Vorschläge, ich sei nahe an Syriza und auch noch nahe an der AfD. Nichts davon stimmt. Mein einziges Ziel und meine einzige Aufgabe ist, ökonom-

”

Mein einziges Ziel und meine einzige Aufgabe sind, ökonomisch rationale Argumente beizusteuern, Dinge zu sagen, die wahr sind.

Eine typische Sinn-Kampagne für das Thema gab es nicht.

Ich war damals gerade erst zum Ifo gekommen. Vermutlich 2002 hatte ich vor der versammelten Presse beim Verein für Socialpolitik in einem Plenumsvortrag vor dem Deregulierungswettbewerb gewarnt. Niemand hat das aufgegriffen. Heute muss ich nur etwas sagen, und es wird aufgegriffen. Dann sprechen Sie von einer Kampagne!

Sie haben 2007 kurz vor der Krise für Deutschland einen Boom prognostiziert, der „mit etwas Glück“ bis zum Ende des Jahrzehnts anhält. Verstehen Sie, wenn Angela Merkel sagt, die Ökonomen sollten Prognosen ableiern, die stimmen? Ja, doch. Es wäre natürlich schön, wenn wir noch bessere Prognosen machen könnten. Das Ifo-Institut liegt aber dank unserer Wissenschaftler und der Umfragen zum Ifo-Index in den Rankings immer sehr weit oben. Und die Politik will ständig Prognosen von uns, damit sie ihre Steuerschätzung an irgendetwas auf-

fach an der Art, wie medial kommuniziert wird. Das Ifo-Institut ist der Großhändler von Analysen, Zeitungen sind die Einzelhändler, die wir beliefern. Ich bemühe mich nach Kräften, so zu vereinfachen, dass es korrekt verstanden wird, aber es gelingt mir nicht immer. Im Großen und Ganzen verstehen mich Öffentlichkeit und Politik.

Welches Thema war Ihnen besonders wichtig? Die Kosten der deutschen Vereinigung. Und die Kritik an den Stellvertreterverhandlungen über die Löhne, bei denen man die westdeutschen Tarifparteien die Löhne im Osten festlegen ließ. Dann die Riester-Rente, wo ich im Wissenschaftlichen Beirat beim Wirtschaftsministerium für eine ergänzende Kapitaldeckung eingetreten bin.

Haben Sie ein Thema verpasst, bei dem eine drastische Warnung nötig gewesen wäre? Die Finanzkrise vielleicht? Das ist der Standard-Vorwurf an die Ökonomen. Ich muss aber für mich in Anspruch nehmen, dass ich regelmäßig bei meinen Vorträgen, die Sie noch im Internet finden, vor der Gefahr der riesigen Leistungsbilanzdefizite der USA und der damit verbundenen Blasen gewarnt habe. Und dann schrieb ich 2003 ein Buch über Systemwettbewerb. Ein Kapitel handelt von der Bankenderegulierung. Ich habe dort modelltheoretisch nachgewiesen, dass der Wettbewerb der Regulierungssysteme zu einer Erosion der Regulierung führt und die Banken deshalb zu viele Risiken eingehen. Es gab dazu in der Fachzeitschrift „Finanzarchiv“ eine kontroverse Diskussion.